



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 03.06.2021  
*öffentlich***

---

**Ort:** Videokonferenz  
**Zeit:** 17:02 Uhr bis 19:26 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## **Anwesend waren:**

Mitglieder:

Dr.med. Detlef Wend

Ute Haupt  
Josephine Jahn  
Claudia Schmidt  
Jan Döring  
Carsten Heym  
Beate Gellert  
Sören Steinke  
Helga Schubert

Diana Franke

Dr. Gaby Hayne

Tobias Heinicke

Uwe Kramer

Anna Manser

Christof Starke

Dr. Hendrik Kluge  
René Moses  
Mirko Petrick  
Nico Teschner  
Petra Schneutzer  
Etienne Samuel Knorre

Ausschussvorsitzender  
Fraktion MitBürger & Die PARTEI  
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)  
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)  
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN  
AfD-Stadtratsfraktion Halle  
Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler  
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle

stimmberechtigtes Mitglied im  
Jugendhilfeausschuss

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

## **Verwaltung:**

Katharina Brederlow

Dr. Christine Gröger  
Alexander Frolow  
Sascha Richter  
Anke Kohl  
Jana Hoyer

Christian Loll  
Ralph Placke  
Katrin Neumann  
Christina Kaufmann  
René Lukas

Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung  
und Soziales

Leiterin Fachbereich Gesundheit

Leiter Fachbereich Bildung

Netzwerkkoordinator Schulerfolg sichern

Koordinatorin Lokales Netzwerk Kinderschutz

Leiterin Abteilung Betreuungsbehörde,

Koordination und Planung

Leiter Team Fördermittel

Jugendpfleger

Jugendpflegerin

Jugendpflegerin

Protokollführer

## **Entschuldigt fehlten:**

Nora Böhme

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Dagmar Deckwerth  
Jerome Deubel  
Dr. Toralf Fischer  
Dr. Tino Kleinert  
Annika Möbius  
Tobias Steinicke  
Susanne Willers  
Sven Bartsch  
Tatjana Privorozki

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss  
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

**zu Einwohnerfragestunde**

---

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

**zu Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

Es lagen keine Fragen zur Kinder-und Jugendsprechstunde vor.

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Dr. Wend** begrüßte die neuen Mitglieder im Jugendhilfeausschuss Frau Helga Schubert und Herrn Etienne Samuel Knorre.

**Herr Dr. Wend** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 06.05.2021
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

5. Beschlussvorlagen
  - 5.1. Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe, neue Leistungen -  
Prioritätensetzung für den Zeitraum vom 04.06.2021 bis 31.12.2021  
Vorlage: VII/2021/02580
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 6.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung einer Gesamtübersicht von ausgereichten  
Fördermittel der Stadt Halle (Saale) zur Verbesserung der Transparenz bei der Vergabe  
Vorlage: VII/2021/02492
  - 6.2. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und  
Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2021/02367
    - 6.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion  
Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im  
Stadtgebiet von Halle (Saale) VII/2021/02367  
Vorlage: VII/2021/02616
    - 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Änderungsantrag der SPD-  
.1. Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen  
Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) VII/2  
Vorlage: VII/2021/02626
  - 6.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von  
Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche  
Vorlage: VII/2021/02479
    - 6.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE  
LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und  
Jugendliche; VII/2021/02479  
Vorlage: VII/2021/02717
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
  - 8.1. Förderung Schulsozialarbeit
  - 8.2. Erfahrungsbericht Netzwerkstelle Schulerfolg sichern zu Auswirkungen Pandemie auf  
Schulsozialarbeit
  - 8.3. Berichterstattung Lokales Netzwerk Kinderschutz
  - 8.4. Berichterstattung Frühe Hilfen der Stadt Halle (Saale)
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

**zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 06.05.2021**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 06.05.2021 sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

**zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.1 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe, neue Leistungen - Prioritätensetzung für den Zeitraum vom 04.06.2021 bis 31.12.2021  
Vorlage: VII/2021/02580**

---

**Herr Frolow** führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

**Frau Gellert** bat um Beachtung des Mitwirkungsverbotes.

**Frau Haupt** wies auf den Passus zum Sachverhalt Fördervorschlag auf Seite 9 hin. Dort steht, dass bei den vorgeschlagenen Maßnahmen um unvorhergesehene Bedarfe handelt. Sie bat um Erklärung dieser Ausführung. Des Weiteren erkundigte Sie sich, wie das Projekt Landesnetzwerk Migrantenorganisation ausgewählt wurde.

**Herr Frolow** teilte mit, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen noch nicht in einer Jugendhilfeplanung enthalten sind. Es besteht die gesetzliche Möglichkeit, dass man Bedarfe, die in der Vergangenheit noch nicht erkannt worden, aber zukünftig erkennt, neu fördern kann. Diese Möglichkeit wird hierbei genutzt.

**Herr Placke** sagte, dass bei dem Träger Landesnetzwerk Migrantenorganisation ein gleichwertiges Angebot im Teilbereich IV – Hallescher Süden gab. Er schlug vor, bei der Behandlung des Teilbereiches diesen Vorgang zu erläutern.

**Herr Kramer** erwähnte, dass hierbei eine gewisse Dynamik hinsichtlich der Fördermittelsituation entsteht. Die Situation das Bundesgelder z.B. im Bereich Schule, Jugendarbeit zu beachten sind. Er fragte, was es aus verwaltungstechnischer Sicht bedeuten würde, wenn eine Ablehnung besteht, aber später ein Nutzen des Angebotes festgestellt wird.

**Frau Brederlow** sagte, dass sich der Fachbereich Bildung bereits mit diesem Thema auseinandersetzt. Sie schlug vor, den konkreten Verlauf dieser angekündigten finanziellen Mittel des Bundes abzuwarten.

**Herr Frolow** bat um eine heutige Abstimmung der Maßnahmen. Es besteht momentan keine Richtlinie dieser angekündigten finanziellen Mittel des Bundes.

**Herr Kramer** bedankte sich für die Ausführungen.

**Herr Dr. Wend** wies auf die Anzeigepflicht des Mitwirkungsverbot nach § 33 Nr. 4 KVG hin.

Mitglieder die im Mitwirkungsverbot nach § 33 Nr. 4 KVG standen, wurden in den virtuellen Warteraum gesetzt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung des Teilbereiches I.

Teilbereich I:	im Teilraum Innere Stadt	gemäß den Vorschlägen in Anlage Innere Stadt
----------------	-----------------------------	---

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

---

**Herr Dr. Wend** rief den Teilbereich II zur Diskussion auf.

Er erkundigte sich nach der ersichtlichen Ablehnung eines Trägers.

**Frau Neumann** teilte mit, dass im Teilraum Hallescher Norden vier Anträge für zwei Antragskomplexe vorliegen. Die Antragskomplexe beinhalten die frei zugänglichen Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche und den Bereich der Familienarbeit.

Sie teilte mit, dass eine Ablehnung für den Antragsteller Berufliches Bildungs- und Rehabilitationszentrum e.V. vorliegt. Dieser Träger hat einen Antrag gestellt, der aufzeigt, dass seine Leistung Stadtweit betrachtet werden soll. Hierbei wurde nur im geringen Maße auf die Spezifik des Halleschen Nordens eingegangen.

**Herr Dr. Wend** erwähnte die Antragssumme von 41.819,10,- Euro und einer VzS von 0,38 bei der Bürgerstiftung Halle und die Antragssumme von 49.477,90,- Euro und einer VzS von 1,00 beim Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum e.V. Er hinterfragte die ersichtliche Differenz dieser Antragssummen im Vergleich zur Vollzeitstellen.

**Herr Loll** sagte, dass der Antrag der Bürgerstiftung 0,38 Vollzeitstellen aufweist. In diesem Antrag befindet sich ein hoher Honoraranteil. Diese Anteile werden den Sachausgaben zugewiesen. Aus diesem Grund, ist in der Anlage zum Halleschen Norden eine Erläuterung zur Ausgabenkalkulation ersichtlich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Heinicke**, stellvertretender Ausschussvorsitzende übernahm die Sitzungsleitung.

Mitglieder die im Mitwirkungsverbot nach § 33 Nr. 4 KVG standen, wurden in den virtuellen Warteraum gesetzt.

**Herr Heinicke** bat um Abstimmung des Teilbereiches II.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Teilbereich II:	im Teilraum Hallescher Norden	gemäß den Vorschlägen in Anlage Hallescher Norden
-----------------	----------------------------------	--

---

**Herr Dr. Wend** rief den Teilbereich III zur Diskussion auf.

Er bemerkte, den Unterschied der Bewertungspunkte des Trägers Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum e.V. zwischen den Bereich Halleschen Norden und Halleschen Osten.

**Herr Placke** wies darauf hin, dass hierbei Sozialdaten bzw. sozialräumliche Bedarfsanalysen ausschlaggebend waren. Im Gegensatz zum Halleschen Norden waren diese für den Halleschen Osten etwas stärker ausgeprägt. Aus diesem Grund ergibt sich die unterschiedliche Bewertung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Mitglieder die im Mitwirkungsverbot nach § 33 Nr. 4 KVG standen, wurden in den virtuellen Warteraum gesetzt.

**Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung des Teilbereiches III.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Teilbereich III:	im Teilraum Hallescher Osten	gemäß den Vorschlägen in Anlage Hallescher Osten
------------------	---------------------------------	---

---

**Herr Dr. Wend** rief den Teilbereich IV zur Diskussion auf.

**Herr Placke** erwähnte die Arbeit mit Migrationshintergrund. In der Anlage ist ersichtlich, dass die Antragsteller Kinderschutzbund Bezirksverband Halle (Saale) und der Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V. mit der gleichen Punktzahl bewerteten wurden. Die Entscheidung für den Kinderschutzbund Bezirksverband Halle (Saale) wurde durch seine langjährige Tätigkeit auf dem Gebiet der Arbeit mit Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund begründet wurden.

**Frau Haupt** fragte, ob für den Antragssteller unter Nummer 16 Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum e.V. eine gleiche Begründung zur Ablehnung vorliegt.

**Herr Placke** sagte, dass hierbei die Bedarfsbeschreibung und insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Bereich Streetwork geplant war, nicht als zielführend bewertet worden ist. Dementsprechend liegt hier eine Ablehnung vor.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Mitglieder die im Mitwirkungsverbot nach § 33 Nr. 4 KVG standen, wurden in den virtuellen Warteraum gesetzt.

**Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung des Teilbereiches IV.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Teilbereich IV:	im Teilraum Hallescher Süden	gemäß den Vorschlägen in Anlage Hallescher Süden
-----------------	---------------------------------	---

---

**Herr Dr. Wend** rief den Teilbereich V zur Diskussion auf.

**Herr Dr. Wend** erkundigte sich, warum im Halleschen Westen ein einziges Projekt vorliegt.

**Frau Neumann** wies darauf hin, dass im Halleschen Westen viele Familienleistungen vorhanden sind. Es gibt dort zwei Kinder- und Familienzentren. Im Vorfeld wurde mit dem Internationalen Bund Mitte gesprochen und die Maßnahme für sehr gut befunden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Mitglieder die im Mitwirkungsverbot nach § 33 Nr. 4 KVG standen, wurden in den virtuellen Warteraum gesetzt.

**Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung des Teilbereiches V.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Teilbereich V:	im Teilraum Hallescher Westen	gemäß den Vorschlägen in Anlage Hallescher Westen
----------------	----------------------------------	--

---

**Herr Dr. Wend** rief den Teilbereich VI zur Diskussion auf.

**Herr Dr. Wend** erwähnte die Lfd. Nr.21 Landesnetzwerk Migrant\*innenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V. Er bat um Begründung der ersichtlichen Ablehnung des Antragsstellers.

**Frau Kaufmann** bemerkte, dass hierbei zwei unterschiedliche Antragsarten vorliegen. Einmal die Schulverweigerung von Grundschulkindern und einmal die Schulverweigerung im Zusammenhang mit Migration. Beim Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum e.V. liegt die schulische Unterstützung im Kontext. Dieser Antragsteller besitzt eine hohe Erfahrung in dem Projekt in der Stadt Aschersleben und in anderen Kommunen. Dieses Konzept ist methodisch und didaktisch wesentlich ausgearbeiteter und konkreter als das Konzept von dem Landesnetzwerk Migrant\*innenorganisation Sachsen-Anhalt e.V.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Mitglieder die im Mitwirkungsverbot nach § 33 Nr. 4 KVG standen, wurden in den virtuellen Warteraum gesetzt.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung des Teilbereiches VI.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Teilbereich VI:	für Stadtweite Angebote	gemäß den Vorschlägen in Anlage Stadtweite Angebote
-----------------	----------------------------	--

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. die Verteilung der Haushaltsmittel für die Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe in Höhe von **426.970,00 EUR** unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2021, auf die einzelnen Teilräume gemäß: Anlage A,
2. die Förderung der einzeln aufgeführten Maßnahmen unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2021 in folgenden Teilbereichen:

Teilbereich I:	im Teilraum Innere Stadt	gemäß den Vorschlägen in Anlage Innere Stadt
Teilbereich II:	im Teilraum Hallescher Norden	gemäß den Vorschlägen in Anlage Hallescher Norden
Teilbereich III:	im Teilraum Hallescher Osten	gemäß den Vorschlägen in Anlage Hallescher Osten
Teilbereich IV:	im Teilraum Hallescher Süden	gemäß den Vorschlägen in Anlage Hallescher Süden
Teilbereich V:	im Teilraum Hallescher Westen	gemäß den Vorschlägen in Anlage Hallescher Westen
Teilbereich VI:	für Stadtweite Angebote	gemäß den Vorschlägen in Anlage Stadtweite Angebote

3. alle übrigen Maßnahmen bzw. Maßnahmenteile für den Zeitraum ab 01.01.2022 abzulehnen.

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung einer Gesamtübersicht von ausgereichten Fördermitteln der Stadt Halle (Saale) zur Verbesserung der Transparenz bei der Vergabe  
Vorlage: VII/2021/02492**

---

**Frau Schmidt** brachte den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

**Frau Brederlow** sagte, dass es innerhalb der Stadtverwaltung bereits bestimmte Verfahren gibt. Die verschiedenen Geschäftsbereiche sehen sich hierzu die entsprechenden Beschlussvorlagen zur Förderung von Trägern aus den unterschiedlichen Bereichen an.

Bisher sind keine sogenannten Doppelförderungen aufgefallen.

**Herr Heym** sagte, dass eine gewünschte Gesamtübersicht berechtigt ist, um einzelne Stadtteile ausreichend in der Förderung zu berücksichtigen. Er machte deutlich, dass er diesem Antrag zustimmen wird.

**Herr Kramer** bemerkte, dass der Wunsch nach Transparenz entsprechend hinterlegt werden muss, d.h. nicht überall wo der Name eines Trägers draufsteht ist dieser Träger involviert. Er gab zu bedenken, dass es an dieser Stelle mit der gewünschten Transparenz scheitern könnte. Es ist schwierig ein Gesamtüberblick zu haben.

**Frau Gellert** sagte, dass der Bereich der Jugendarbeit in Verbindung mit den Jugendprojekten vom Stadtjugendring diese Transparenz seit Jahren betrieben wird. Sie betonte, dass eine Gesamtübersicht einmal im Jahr vorteilhaft wäre.

**Frau Schubert** stimmte den Ausführungen von Herrn Kramer zu. Der Träger sollte hierbei speziell dargestellt werden, damit keine Verwechslungen stattfinden. Sie verdeutlichte, dass die Fülle der Projekte in der Stadt Halle (Saale) sich nach dem Bedarf und dem, was ein Träger vorhalten kann, richten sollte.

**Herr Döring** bemerkte, dass dieser Antrag im Bildungsausschuss und im Kulturausschuss vertagt wurde, weil die Stadtverwaltung die Höhe des Aufwandes einer derartigen Matrixerstellung prüfen wollte. Er würde dieses Vorgehen unterstützen.

**Herr Heym** sagte, dass bemerkenswert ist, dass eine Herstellung von Transparenz und der Versuch einer gegliederten Übersicht zu einer derartigen Fehlinterpretation führen kann. Man sollte hierbei keine unnötigen Gefahren definieren. Er betonte, dass Transparenz immer vorrangig behandelt werden sollte.

**Frau Schmidt** teilte mit, dass der Antrag im Bildungsausschuss abgestimmt wurde. Sie sagte, dass es sich hierbei nicht um ein sogenanntes Gießkannenprinzip handelt. Es soll lediglich der Umfang der Transparenz erweitert werden. Sie machte deutlich, dass die Verwaltung nicht sinnlos beschäftigt werden soll.

**Frau Brederlow** bat um Beachtung, dass es hierbei unterschiedliche gesetzliche Grundlagen gibt. Es sind z.B. Kultur und Sport freiwillige Leistungen der Kommune. Der Jugendhilfeausschuss liegt unter der Beachtung des § 71 SGB VIII und ist somit ein besonderer Ausschuss. Sie wies darauf hin, dass nur der Jugendhilfeausschuss zur Vergabe von Fördermitteln berechtigt ist.

**Frau Brederlow** betonte, dass Sie das Anliegen nachvollziehen kann, aber keine Beschlussempfehlung abgibt.

**Herr Dr. Wend** bemerkte, dass doch ein gewisser Mehraufwand für die Verwaltung vorliegt. Er stellte fest, dass diese gewünschte Gesamtübersicht nicht der große Wendepunkt sein wird, um plötzlich alles überblicken zu können. Er gab zur Kenntnis, dass er diesen Antrag dennoch zustimmen wird.

**Frau Gellert** sagte, dass hierbei auch die Bemühungen der Träger von Eigenmitteln bzw. die Förderung von Drittmitteln ersichtlich sein sollten.

**Frau Brederlow** wies darauf hin, dass es sich hierbei nur um Fördermittel handelt, die von der Stadt Halle (Saale) ausgereicht werden. Eine Abfrage an die Träger über fremdfinanzierte Projekte, ist vonseiten der Verwaltung nicht zu leisten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **zugestimmt nach Änderung**

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt die Erstellung einer die Geschäftsbereiche übergreifenden Gesamtübersicht von ausgereichten Fördermitteln, aus der ersichtlich wird, welche Mittel an die einzelnen Antragsteller insgesamt ausgereicht wurden (auch Zuwendungen durch die Verwaltung ohne Stadtrats- oder Ausschussbeschlüsse). Erfasst werden sollen Antragssteller der Förderung der **Bildung**, Kultur, **Sport**, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie Bürgerengagement und der Jugendhilfe. Für diese Antragssteller sollen auch die Förderungen aus anderen Bereichen aufgelistet werden. Die Übersicht wird für die Jahre 2018, 2019 und 2020 erstellt. Für das Jahr 2021 werden zumindest die beantragten Summen aufgelistet. Die Übersicht wird bis zum **31.12.2021** ~~30.09.2024~~ ~~30.06.2024~~ erstellt, um für die kommenden Beschlüsse zu Fördermittelvergaben eine Beurteilungsgrundlage der Gesamtzusendungen sowie der Leistungs- und Innovationskraft von Trägern sowie der Verteilung im Stadtgebiet zu erhalten. Als Entscheidungsgrundlage auch für die kommenden Jahre wird diese Gesamtübersicht künftig jährlich im zweiten Quartal dem Stadtrat vorgelegt.

**zu 6.2 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale)**  
**Vorlage: VII/2021/02367**

---

**Frau Gellert** teilte mit, dass der Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) vertagt wird.

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

**Beschlussvorschlag:**

- In Kooperation mit der EVH, **der Halle Netz GmbH** und anderen potentiellen Partnern werden geeignete Verteilerkästen und Trafohäuser farblich umgestaltet und somit optisch aufgewertet.
- Sujets können **sollten** sich aus der Stadtgeschichte oder aus dem Stadtviertel herleiten.
- Eine diesbezügliche Zusammenarbeit mit benachbarten Kitas und Schulen sowie der Kunsthochschule Burg Giebichenstein ist dabei anzustreben.
- Darüber hinaus wird ein Gestaltungswettbewerb mit halleschen Künstlerinnen und Künstlern initiiert.
- **Die Verwaltung wird beauftragt, einmal pro Jahr in den betreffenden Ausschüssen über den aktuellen Stand zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet zu berichten.**
- **Die optische Aufwertung von bereits verunstalteten Verteilerkästen und Trafohäusern ist dabei prioritär zu behandeln.**

**zu 6.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) VII/2021/02367**  
**Vorlage: VII/2021/02616**

---

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

**Beschlussvorschlag:**

- In Kooperation mit der EVH, **der Halle Netz GmbH** und anderen potentiellen Partnern werden geeignete Verteilerkästen und Trafohäuser farblich umgestaltet und somit optisch aufgewertet.

- Sujets können **sollten** sich aus der Stadtgeschichte oder aus dem Stadtviertel herleiten.
- Eine diesbezügliche Zusammenarbeit mit benachbarten Kitas und Schulen sowie der Kunsthochschule Burg Giebichenstein ist dabei anzustreben.
- Darüber hinaus wird ein Gestaltungswettbewerb mit halleschen Künstlerinnen und Künstlern initiiert.
- **Die Verwaltung wird beauftragt, einmal pro Jahr in den betreffenden Ausschüssen über den aktuellen Stand zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet zu berichten.**
- **Die optische Aufwertung von bereits verunstalteten Verteilerkästen und Trafohäusern ist dabei prioritär zu behandeln.**

zu 6.2.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet von Halle (Saale) VII/2**  
 Vorlage: VII/2021/02626

---

**Abstimmungsergebnis:**

**vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

- In Kooperation mit der EVH, der Halle Netz GmbH und anderen potentiellen Partnern werden geeignete Verteilerkästen und Trafohäuser farblich umgestaltet und somit optisch aufgewertet.
- Sujets sollten sich aus der Stadtgeschichte oder aus dem Stadtviertel herleiten.
- Eine diesbezügliche Zusammenarbeit mit benachbarten Kitas und Schulen sowie der Kunsthochschule Burg Giebichenstein ist dabei anzustreben.
- Darüber hinaus wird ein Gestaltungswettbewerb mit halleschen Künstlerinnen und Künstlern initiiert.
- Die Verwaltung wird beauftragt, einmal pro Jahr in den betreffenden Ausschüssen über den aktuellen Stand zur optischen Aufwertung von Verteilerkästen und Trafohäusern im Stadtgebiet zu berichten.
- Die optische Aufwertung von bereits verunstalteten Verteilerkästen und Trafohäusern ist dabei prioritär zu behandeln.
- **Verteilerkästen, die im Andenken an die beim rassistischen und antisemitischen Anschlag am 09. Oktober 2019 ermordeten Jana und Kevin im Stadtgebiet erinnern, werden erhalten und gepflegt.**

**zu 6.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche  
Vorlage: VII/2021/02479**

---

**Frau Haupt** brachte den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

**Herr Heym** wies darauf hin, dass eine inhaltliche Diskussion in seinem privaten Umfeld zu diesem Antrag stattgefunden hat. Dabei wurde die im Antrag erhöhte finanzielle Belastung angesprochen. Es wurde in Erfahrung gebracht, dass ein gewisser Grundbedarf an diesen Produkten keine hohe finanzielle Belastung darstellt. Er sagte weiterhin, dass die zur Verfügung stehenden Hygieneprodukte hinsichtlich der Vorstellung einer Stigmatisierung nichts ändern wird.

**Herr Heym** betonte, dass er das Anliegen des Antrags positiv einschätzt. Er bemerkte, dass aber die Zielsetzung des Antrages unklar ist und er aus diesem Grund den Antrag ablehnen wird.

**Frau Brederlow** wies auf die dazugehörige Stellungnahme der Verwaltung hin.

**Herr Starke** berichtete, dass es in vielen Einrichtungen normal ist, dass entsprechende Menstruationsprodukte angeboten werden. Es wird befürwortet, diese Produkte auf den schulischen Bereich auszuweiten.

**Frau Schmidt** erwähnte, dass die Stadtverwaltung verschiedene Modelle ausprobieren sollte.

Entsprechende Spender in den Toilettenanlagen zur Verfügung zu stellen, wäre in diesem Zusammenhang zu wenig.

**Herr Knorre** erkundigte sich über die Art und Weise der geplanten Rückmeldungen. Er bat die Schülervvertretungen in Verbindung mit dem Stadtschülerrat bei der Übermittlung eines geplanten Feedbacks miteinzubeziehen.

**Herr Döring** bejahte dies.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderung**

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in allen städtischen Schulen, kommunalen Bildungseinrichtungen sowie Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen Menstruationsartikel (Binden, Tampons, Slipeinlagen) kostenfrei für Kinder und Jugendliche zur Verfügung zu stellen.

**zu 6.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche; VII/2021/02479  
Vorlage: VII/2021/02717**

---

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Dr. Wend** bat um Abstimmung.

**Herr Döring** brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **im Rahmen eines Pilotprojektes im 1. Schulhalbjahr des Schuljahres 2021/22 in allen städtischen Schulen-(eine Schule je Schulform), kommunalen Bildungseinrichtungen sowie Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen Menstruationsartikel (Binden, Tampons, Slipeinlagen) kostenfrei für Kinder und Jugendliche über entsprechende Spender in den Toilettenanlagen zur Verfügung zu stellen. Die Ergebnisse des Pilotprojektes (ermittelte Verbräuche, Kosten etc.) werden dem Stadtrat zur weiteren Entscheidung vorgelegt.**

**zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten.

**zu 8 Mitteilungen**

---

**zu 8.1 Förderung Schulsozialarbeit**

---

**Frau Brederlow** teilte mit, dass eine Dringlichkeitsvorlage zur Förderung Schulsozialarbeit geplant war. Es bestehen momentan noch Rücksprachen innerhalb der Verwaltung.

## zu 8.2      **Erfahrungsbericht Netzwerkstelle Schulerfolg sichern zu Auswirkungen Pandemie auf Schulsozialarbeit**

---

*Anmerkung: Der Erfahrungsbericht Netzwerkstelle Schulerfolg sichern zu Auswirkungen Pandemie auf Schulsozialarbeit ist in Session hinterlegt.*

**Frau Haupt** bemerkte, dass der Erfahrungsbericht sehr interessant ist. Sie fragte, wie mit den Erfahrungen bzw. Schlussfolgerungen umgegangen wird.

**Herr Richter** sagte, dass ein sehr differenziertes Bild unter den Schulsozialarbeitern\*innen gab. Eine Zusammenarbeit mit Schulen, die als positiv bewertet werden konnten, wurde auch die Pandemie in der Regel besser bewältigt. Dies war nicht festzustellen, an Schulen wo eine unerschwerliche Schulsozialarbeit stattfand. Er betonte, dass für Lehrkräfte immer Fortbildungen angeboten werden, diese können es aber wegen der hohen Einbindung in den Schulalltag nicht bewerkstelligt werden.

**Frau Gellert** bemerkte, dass Sie es missbräuchlich findet, das Schulsozialarbeitern\*innen für interne Schulzwecke benutzt werden, wie z.B. Notdienste mit abzusichern.

**Herr Döring** griff noch mal die Anmerkung von Frau Haupt auf, ob es Reaktion auf den bestehenden Grunderlass gab.

**Herr Richter** teilte mit, dass der Standpunkt besteht, dass originäre Aufgaben von Lehrkräften auch von diesen ausgeübt werden müssen. Es steht in keinem Verhältnis das Schulsozial-arbeitern\*innen mit diesen schulischen Aufgaben betreut werden.

**Herr Heym** meinte, dass man hier kein Einzelfall zur Diskussion stehen sollte. Man kennt den Hintergrund und den Verfahrensweg in einem solchen Fall nicht. Aus seinem privaten Umfeld, hat er positive Erfahrungen hinsichtlich der Beschulungszeit, in der Corona Pandemie machen können.

**Herr Starke** bedankte sich den Erfahrungsbericht. Er sagte, dass er aus seiner Sicht eine sehr gute Arbeit von allen Beteiligten geleistet wurde.

**Herr Dr. Wend** bedankte sich bei Herrn Richter für die Zusammenstellung des Berichtes. Er erkundigte sich nach dem Belastungszustand in der Hauptzeit der Pandemie.

**Herr Richter** bestätigte, dass die Belastung sehr hoch war und dadurch zukünftig Schulsozialarbeiterstellen immer unerlässlich sind.

## zu 8.3      **Berichterstattung Lokales Netzwerk Kinderschutz**

---

*Anmerkung: Der Berichterstattung Lokales Netzwerk Kinderschutz ist in Session hinterlegt.*

**Herr Dr. Wend** hinterfragte die Präsenz des lokalen Netzwerks Kinderschutz.

**Frau Kohl** sagte, dass das Lokale Netzwerk Kinderschutz noch nicht so präsent ist, wie es sein sollte. Die Stelle war eine gewisse Zeit vakant. Momentan wird an der Weiterentwicklung gearbeitet.

**Frau Gellert** ergänzte, dass Frau Kohl mit sehr viel Engagement das Team aufgebaut hat.

**Herr Dr. Wend** regte an, eine/en dort niedergelassenen Kinderarzt\*in aufzunehmen.

**Herr Kohl** bedankte sich für die Anregung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Dr. Gröger** erwähnte, dass sie auch eine Kinderärztin und Mitglied ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### **zu 8.4      Berichterstattung Frühe Hilfen der Stadt Halle (Saale)**

---

*Anmerkung: Der Berichterstattung Frühe Hilfen der Stadt Halle (Saale) ist in Session hinterlegt.*

**Herr Dr. Wend** stellte fest, dass bei den aufgelisteten Meldefällen, wenige Meldungen aus dem Bereich der Kinderärzte vorliegen.

**Frau Gellert** bemerkte die ausgeschriebene Stelle und fragte, ab wann diese besetzt wird. Des Weiteren wies sie darauf hin, dass die Vorschuluntersuchungen nur sehr langsam voranschreiten. Es liegen sehr viel Anfragen von Eltern vor.

**Frau Brederlow** sagte zum Thema der ausgeschriebenen Stelle, dass der Mitarbeiter Herr Kraft da ist.

**Frau Gellert** betonte, dass sie die Stelle zur Koordinierung von Frühen Hilfen meinte.

**Frau Brederlow** erwähnte, dass die Koordinierung „Willkommen im Leben“ gemeint ist. Diese Stelle befindet sich derzeit im Besetzungsverfahren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### **zu 8.5      Herr Frolow zum Investitionsprogramm**

---

**Herr Frolow** erläuterte die gegenwärtige Antragslage zum Investitionsprogramm beschleunigter Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern.

#### **zu 9         Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

##### **zu 9.1      Frau Gellert zur Schuleingangsuntersuchung**

---

**Frau Gellert** wies darauf hin, dass die Vorschuluntersuchungen nur sehr langsam voranschreiten. Es liegen sehr viel Anfragen von Eltern vor.

**Frau Brederlow** sagte, dass alle Ärzte über einen großen Zeitraum der Pandemie mit diesem Thema befasst waren. Es war absehbar, dass es problematisch wird, die Schuleingangsuntersuchungen fristgerecht abzuschließen.

**Frau Dr. Gröger** ergänzte, dass etwas mehr als zwei Drittel der Schüler\*innen trotz Pandemie untersucht wurden. In der Zwischenzeit hat auch die Universitätsklinik unterstützt. Derzeit wird intern geregelt, dass ärztliche Kollegen aus dem Pandemiegeschehen herausgelöst werden und sich somit vordergründig um die Schuleingangsuntersuchungen kümmern können.

**Herr Dr. Wend** fügte hinzu, dass ein Wert von zwei Drittel zufrieden stellend ist.

**Frau Gellert** bedankte sich für die Ausführungen bei Frau Dr. Gröger.

## **zu 9.2 Frau Haupt zum Förderprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche**

---

**Frau Haupt** erkundigte sich zum aktuellen Stand des Bundesregierungsprogramms **Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche**.

**Frau Brederlow** teilte mit, dass derzeit erste Parameter gesetzt sind. Es fehlt dazu, noch die entsprechende Richtlinie.

## **zu 10 Anregungen**

---

**Herr Dr. Wend** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

---

Dr. Detlef Wend  
Ausschussvorsitzender

---

René Lukas  
Protokollführer